

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Februar 1980

Evangelische Verantwortung

Heft 2/1980

Die CDU/CSU bleibt dabei: Abrüstung mit Sicherheit tut not!

Lieber Leser,

Abrüstung und Rüstungsbegrenzung bei unverminderter Sicherheit bleiben wesentliche Ziele der Politik von CDU und CSU, wie sie es seit Konrad Adenauer stets waren; nicht also erst seit der Entspannungseuphorie der 70er Jahre, die jetzt vom Westen durch eine realistische Entspannungspolitik abgelöst werden muß. Wirkliche Entspannung bedeutet: Schrittweise und unumkehrbare Minderung, nicht aber Zementierung der Spannungsursachen. Nach wie vor sind nicht nur die sowjetische Unterdrückung personaler Menschenrechte und nationaler Selbstbestimmung, sondern auch die expansiven Ziele Moskaus und das damit verbundene Streben nach weltweitem militärischem Übergewicht die wahren Ursachen der Spannung. Auf eine Kurzformel gebracht: Für den Westen heißt Entspannung: Menschenrecht und Gleichgewicht; für Moskau heißt Entspannung: Unterdrückung und Übergewicht. Nur klare Begriffe garantieren eine klare, für Freund und Gegner berechenbare Politik. Begriffsnebel à la Willy Brandt führt in die Irre.

1. Ethische Motive / Konkrete Folgerungen

Seit unserem Eintritt in das westliche Bündnis haben alle CDU/CSU-geführten Bundesregierungen ausgewogene Rüstungsminderung als ein wesentliches Ziel unserer Außenpolitik behandelt; und zwar aus drei Gründen, denen eine christlich-orientierte Politik sich ganz selbstverständlich verpflichtet weiß:

- weil die modernen Massenvernichtungswaffen immer mörderischer werden und im kriegesischen Konfliktfall zu unvorstellbaren Katastrophen führen können
- weil die Rüstungsanstrengungen Energien und Kosten verschlingen, die erheblich plausibler den Hunger und Not leidenden drei Vierteln der Menschheit zur Verfügung stehen
- weil der Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele und Rechtsauffassungen ein tragendes Prin-

zip unserer Außenpolitik ist, das universale Geltung beansprucht.

Gerade weil unsere Solidarität mit den Staaten der Dritten Welt und damit unsere Entwicklungspolitik der Gesamtheit unserer außenpolitischen Ziele und Sachzwänge eingeordnet ist, hat die CDU/CSU stets betont: Kostspielige sicherheitspolitische Erfordernisse können dann auf niedrigerem militärisch-finanziellen Niveau verwirklicht werden, wenn entsprechende Vereinbarungen über Rüstungsbeschränkung und Abrüstung ausgewogen, unzweideutig und nachprüfbar sind; wenn sie also nicht — wie etwa SALT I — zu einer vom Westen verbietenen Grundlage für weiteres Überlegenheitsstreben der Sowjetunion verfälscht werden. Daher bleibt nach wie vor Friedenspolitik der CDU/CSU stets auch die Bereitschaft zur beiderseitigen Rüstungsbegrenzung, zu realistischen Konzepten wirklicher Abrüstung, und insbesondere die Beteiligung an allen Bemühungen, die politischen Rüstungsursachen in Europa abzubauen und in Verbindung damit das Ausmaß der militärischen Ost-West-Konfrontation in einer sicherheitspolitisch vertretbaren Weise zu mindern. Bei ihrem Eintritt in das Atlantische Bündnis unter Adenauer hat die Bundesrepublik Deutschland deshalb einen rechtsverbindlichen Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele — darunter die Wiedervereinigung Deutschlands — ausgesprochen. Deshalb haben wir als erster Staat der Welt aus freien Stücken vertraglich auf atomare, bakteriologische und chemische Waffen verzichtet.

2. Rüstung und Abrüstung sind kein Selbstzweck

Mit Recht sagte Henry Kissinger 1971 denjenigen amerikanischen Politikern, die Abrüstung und Rüstungskontrolle als eigenständige Komponente der Politik der USA ansahen: „Wenn wir Abrüstung und Rüstungsbegrenzung als Ziele in sich verfolgen, werden wir unser Ziel nicht erreichen. Die Gegner in der Welt befinden sich nicht in einem Konflikt, weil sie bewaffnet sind. Vielmehr sind sie bewaffnet, weil sie sich in einem politischen Interessenkonflikt befinden.“ Ganz in diesem Sinne hat die CDU/CSU stets

darauf hingewiesen, daß das Thema der Abrüstung nicht isoliert betrachtet werden darf, wie es naive Illusionisten und linke Pazifisten allzuoft tun, wobei sie in Wirklichkeit der Sache der Abrüstung und des Friedens schaden. Dabei haben wir immer auf folgende grundlegende Tatsache verwiesen: Spannung und Unfrieden bestehen nicht, weil es Soldaten und Waffen gibt, sondern weil rivalisierende Staaten und Systeme einander mißtrauen; weil ungelöste Probleme — etwa die Deutschlandfrage oder der Nah-Ost-Konflikt — politischen Konfrontationsstoff schaffen; weil es immer noch Kräfte gibt, die bei der offensiven Durchsetzung ihrer expansiven Ziele — mögen sie durch einen unersättlichen Sicherheitsbegriff oder durch einen weltrevolutionären Hegemonieanspruch motiviert sein — die Androhung oder Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel der Politik betrachten. Auch der engagierteste Abrüstungsanhänger darf nie vergessen: Waffen und Soldaten, Abschreckung und Verteidigung, sind nicht Ursachen sondern Symptome des Unfriedens. Solange die politischen Ziele und militärischen Machtmittel der Sowjetunion und ihrer Verbündeten uns bedrohen, ist glaubwürdige Sicherheit eine unerläßliche Voraussetzung des Friedens. Die Frage lautet also vereinfacht: Wollen wir Abrüstung ohne Sicherheit? Oder Abrüstung mit Sicherheit? Das letztere bleibt die Politik der CDU/CSU, die in dieser Frage stets — ob in der Regierungsverantwortung oder als parlamentarische Opposition — auf verantwortungsbewußten und tragfähigen Konsens gedrängt hat. Leider wird dieser Konsens durch führende Kräfte in der SPD immer wieder gefährdet. In der SPD wächst die Bereitschaft zur Abrüstung ohne hinreichende Sicherheit. Im Gegensatz zur SPD hat die CDU/CSU die westlichen Verhandlungspositionen in allen entscheidenden Fragen — insbesondere bei den Wiener Truppenabbauverhandlungen sowie den Nachrüstungs- und Verhandlungsbeschlüssen der NATO vom Dezember 1979 — gestützt und gefördert, während die SPD immer wieder Signale der Nachgiebigkeit an den Osten gab, die den westlichen Positionen abträglich waren. Das gilt vor allem für den Vorschlag von Bundeskanzler Helmut Schmidt, für den MBFR-Reduzierungsraum (Polen/CSSR/DDR/Bundesrepublik Deutschland/Benelux) sollten Ost und West vereinbaren, daß kein Staat mehr als die Hälfte der geplanten Höchststärke von 700 000 Mann haben darf. Der Sowjetunion ist dieser Vorschlag höchst willkommen, während sich die Verantwortlichen im Bündnis — auch Außenminister Genscher — ihm widersetzen: Moskau bekäme auf diese Weise ein Mitspracherecht über die Höchststärke der Bundeswehr und damit über die Verteidigungsstruktur des Westens. Schmidt muß diesen Vorschlag jetzt endgültig aufgeben.

3. Abrüstung bleibt auf der Tagesordnung der Friedenspolitik

Trotz der ernüchternden Ereignisse der letzten Wochen muß die Begrenzung und Reduzierung der gigantischen Vernichtungspotentiale, vor allem in Europa, auf der Tagesordnung der deutschen und westlichen Friedenspolitik bleiben. Vieles scheint heute dagegen zu sprechen, insbesondere

- die heimtückische Aggression Moskaus gegen das neutrale Afghanistan, die den offensiven Charakter von Moskaus Politik und Militärmacht wieder einmal bloßlegte;
- die sowjetische Zurückweisung des westlichen Verhandlungsangebotes über die Begrenzung atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa, verbunden mit der Forderung nach Nichtausführung des Nachrüstungsbeschlusses der NATO;
- die großen Schwierigkeiten bei den Wiener Truppenabbauverhandlungen, die nicht auf militärischen Einzelfragen, sondern auf dem bisher unüberbrückbaren Gegensatz der politischen Zielvorstellungen von Ost und West beruhen;
- die Ungewißheit über das Schicksal von SALT II, dessen weltpolitische Prämissen in den USA jetzt zur Debatte stehen;
- der sowjetische Widerstand bei der Kontrollfrage in den Verhandlungen des Genfer Abrüstungsausschusses über chemische u. a. Massenvernichtungswaffen.

Die CDU/CSU fordert:

- a) Das westliche Angebot zu Ost-West-Verhandlungen über die Begrenzung atomarer Mittelstreckentpotentiale in Europa, das unlöslich verbunden ist mit dem Nachrüstungsbeschluß der NATO und seiner Verwirklichung, bleibt ohne Wenn und Aber bestehen, wie es ist. Wir dürfen nicht ausschließen, daß die Sowjetunion, die auch ihrerseits objektiven Zwängen unterliegt und deren Überrüstung sogar ihr rumänischer Verbündeter offen kritisiert, sich bei einer festen Haltung des Westens zu einer Neueinschätzung ihrer Interessen bereifindet. Die Wahrscheinlichkeit dafür bleibt allerdings gering, wenn sozialdemokratische Ungeduld und Illusion die westliche Festigkeit aufweichen.
- b) Bei den Wiener Truppenabbauverhandlungen (MBFR), wo der Westen sich ohnehin am äußersten Rande des sicherheitspolitisch noch Vertretbaren bewegt und wo der vereinbarte Reduzierungsraum unmittelbar an die Sowjetunion angrenzt, darf es nicht zu einer wie immer gearteten Aufweichung oder Verfälschung der NATO-Positionen kommen. Nur die Schaffung wirklicher Parität auf der Grundlage einer redlichen Dateneinigung, von der die Sowjets bis heute nichts wissen wollen, und die Absprache kollektiver, also nicht-nationaler Höchststärken, sind ein Ergebnis, das die CDU/CSU mittragen kann.
- c) Wenn es auch schwerfällt, das Wort Vertrauensbildung noch in den Mund zu nehmen, wenn Moskau unser Mißtrauen geradezu züchtet, halten wir fest an der Politik der Vertrauensbildung im technischen Sinne des Wortes, wie sie ihren Niederschlag findet in der Schlußakte von Helsinki, in den westlichen Vorschlägen bei MBFR, im französischen Vorschlag für vertrauensbildende Maßnahmen vom Atlantik bis zum Ural. Das A und O solcher Maßnahmen ist die Einbeziehung des sowjetischen Territoriums mit entsprechenden Kontrollen.
- d) Die CDU/CSU wird die bisherigen Positionen der Bundesrepublik Deutschland im Genfer Abrüstungsausschuß und in den zuständigen Gre-

mien der Vereinten Nationen weiterhin mittragen, weil sie den Kriterien der Abrüstungspolitik der CDU/CSU-Regierungen von 1949–1969 entspricht.

- e) Der Westen muß nach Afghanistan die Grundlagen seiner Politik der Rüstungsminderung einer illusionslosen Überprüfung unterziehen. Vor allem muß er sich in gedanklicher Klarheit und politischem Realismus endgültig von der Vorstellung abwenden, daß die Fragen der Rüstungskontrolle losgelöst von den politischen Spannungs- und Rüstungsursachen behandelt werden können. Es gibt keinen in sich selbst ruhenden Rüstungswettlauf, kein selbsttätiges Wettrüsten. Rüstungswettlauf und Wettrüsten sind Folgen einer politischen Auseinandersetzung; sind insbesondere Folgen

der offen zu Tage liegenden sowjetischen Welt-politik.

Die Sowjetunion will einen politischen Sieg im Frieden. Der Westen will einen Frieden ohne Sieg. Dieser Gegensatz ist die eigentliche Gefahr, die uns bedroht. Die Probleme der Sicherheit und Abrüstung sind Symptome dieses Gegensatzes. Nur ein Gleichgewicht an geschichtlicher Klarsicht, an politischer Willenskraft und an militärischer Macht können in dieser Lage unsere Freiheit und den Frieden sichern.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Alois Mertens

Dr. Alois Mertens (Gerolstein), MdB, ist stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsunterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle und des Bundesausschusses der CDU für Außen- und Deutschlandpolitik.

Betrachtungen zur Jahreslosung 1980 der EKD

1. Tim. 2/4: Gott will,
daß allen Menschen geholfen werde
und
sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen.

— Aus einer Akademie-Morgenandacht
anläßlich der Tagung für Politik und
Kirche am 12. Januar 1980 in der Evan-
gelischen Akademie von Rheinland-
Westfalen in Iserlohn —

Von Joachim Borries, Bad Oeynhau-
sen, Studienleiter der Europäischen
Staatsbürger-Akademie.

Die erste volle Arbeitswoche des Jahres 1980, in das viele von uns mit Beklommenheit und Sorge hin-übergegangen sind, liegt nun schon wieder hinter uns. Es war die Woche nach Epiphanias, das unseren Blick in die Weite der Völkerwelt lenken wollte — einer Welt, der das Ereignis von Bethlehem gilt, wie jedem von uns. Und es war die erste volle von 52 Wochen unseres „Missionarischen Jahres 1980“, in dem wir gut daran tun werden, uns wieder und wieder unter Anspruch und Verheißung unserer Jahreslosung zu stellen. Sie steht im 1. Brief des Apostels Paulus an Timotheus, Kapitel 2, Vers 4, und sagt uns dies:

1. **Gott will ...** Was ist das in einer Zeit der unpräzisen, undeutlichen oder überzogenen Formulierungen für eine faszinierende Sache, gesagt zu bekommen: „Gott will ...!“

Nicht: „es wäre sinnvoll, dies oder jenes jetzt zu tun“, oder „die Lage erfordert, daß ...“, oder „nach meinem Dafürhalten müßten wir jetzt ...“, sondern: Gott ist hier Subjekt, Auftraggeber, Motivation — und Paulus hat alle Vollmacht, Timotheus und uns, dies so zu sagen.

Und mehr noch: Gottes Wille also — das wissen wir nicht nur von dieser neutestamentlichen Stelle her — ist eindeutig, klar ausformuliert und so, daß wir ihn tun können! Nicht ich denke über Ihn dies oder das, stelle Ihn mir so oder so vor, vermute, daß Er mich so oder so haben wolle —: Er sagt mir — als Losung und Auftrag für 1980 — was Er von mir und uns allen will, nämlich ...

2. **daß allen Menschen geholfen werde.** Im griechischen Text steht's

sogar noch stärker: — daß alle Menschen „gerettet“ würden. Paulus setzt also voraus, und darin ist er für seine und unsere Zeit ganz und gar Realist, daß wir es alle nötig hätten! Geholfen werden muß uns, weil wir uns im letzten — entgegen allen ideologischen Behauptungen

Aus dem Inhalt

Die CDU/CSU bleibt dabei: Abrüstung mit Sicherheit tut not! Alois Mertens	1
Betrachtungen zur Jahreslosung 1980 der EKD Joachim Borries	3
Frau und Kirche Ursula Besser	5
Aus unserer Arbeit	7
EAK Bonn für Olympiaboykott	8
„Tyrannei der Werte?“ Hans Bolewski	9
Thesen zur Nord-Süd-Politik	11

unserer Zeit — nicht selbst helfen können; gerettet müssen wir werden, weil diese Welt verloren zu gehen droht — in Anarchie, Elend und Hunger, Orientierungslosigkeit und Süchten, menschlicher Bosheit und Ausplünderung der Schöpfung.

Allen Nöten Leibes und der Seele, einzelner Menschenschicksale und der Menschheitsprobleme gilt der Auftrag zu helfen und zu retten: nichts gäbe es da, für das dieser klare Wille Gottes nicht geäußert würde! Und handfest — bitte — sollte es sein: Hilfe mit neuer, durchgreifender Zuwendung im Mitmenschlichen ebenso, wie massive materielle Hilfe bei den Hungernden und elend Zukurzgekommenen dieser Welt, den Opfern ihrer Kriege und sozialen Ungerechtigkeiten, bei den Kranken, Süchtigen, Ratlosen, Resignierenden ...

3. Und Gott will, daß sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen. Nun ist „Erkenntnis“ im griechischen Ausdruckskreis des Neuen Testaments das — uns auch so naheliegende — Verstehen, Begreifen, Zur-Kennntnis-nehmen, Anerkennen. In der Begriffswelt des jüdisch-hebräischen Alten Testaments ist „erkennen“ noch viel mehr, nämlich Nähe, Identifikation, Einswerden (bis zur Vokabel für geschlechtliche Vereinigung zweier Menschen) — eben Zusammengehörigkeit.

Und wenn wir seit Johannes 14/6 wissen, daß Jesus Christus sich selbst als den „Weg, die Wahrheit und das Leben“, ohne die niemand zu Gott kommen könne, bezeichnet hat, dann ist die Aussage der Jah-

reslösung 1980 ganz klar diese: Gott will, daß wir in Seinem Sohn und Gesandten Jesus von Nazareth unsere Errettung, unser Heil als die Wahrheit für unser Leben annehmen. 1980 — das soll ein Jahr neuerfahrener Christusnähe und -nachfolge, neuer Indienstnahe durch Ihn, neuer Beschenkung durch Ihn in Wort und Sakrament werden!

Also nicht: daß wir „zu uns selbst“, zu intellektuellen Erkenntnissen oder Entdeckungen kämen, „was die Welt im Innersten zusammenhält“ (Goethe im Faust), daß wir uns selbst „verwirklichten“ — sondern daß wir den annähmen, der uns für das alles, das alles ganz und gar ausfüllend und beantwortend, gesandt ist: zur Hilfe, ja Rettung unseres Lebens.

Nun ist da noch ein Wörtchen, das, ich gebe es zu, mich irritiert, ja ärgert: ich meine das „und“; Gott will, daß allen Menschen geholfen werde **und** sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen. Ich hätte lieber gehört: — daß allen Menschen geholfen werde, **indem** sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen. Auch intensives Forschen nach etwaigen griechischen Textvarianten half da nicht weiter — es steht da: und ...

Aber ist das nun tatsächlich ein additives, aufzählendes „und“, etwa in dem Sinne: erst einmal muß allen Menschen — materiell, physisch womöglich — geholfen werden, und dann könnte man sie ja auch noch — das komplettierend — mit der Wahrheitsfrage konfrontieren?

Ganz gewiß, so nicht! Dies ist doch wohl ein konsekutives „und“, im Verständnis von „helfen, damit über den Helfern, **der** Helfer aller (auch der der Helfer) groß und deutlich wird“! Ich engagiere mich doch für die Elenden und Geschlagenen dieser von Räubern heimgesuchten Welt, weil ich einmal (oder mehrmals) selbst „unter die Räuber gefallen“ bin und — elend und geschlagen — aufgefunden, versorgt und zu neuem Anfang gesund und fähig gemacht worden bin von einem barmherzigen Samariter namens Jesus! Weil Er mir half, kann ich nicht anders, als helfen. Nur Er „bringt mich in Trab“, läßt mich nicht vorzeitig müde werden, zeigt mir notfalls den Nächsten, der meiner Hilfe bedarf (vielleicht da, wo ich es gar nicht sah) — nur Er selbst zeigt mir und denen, denen ich helfe, warum **und wozu** geholfen wird: damit jeder von uns „zur Erkenntnis der Wahrheit kommen“ kann, einer Wahrheit, die eine lebendige — auch 1980 lebendige — **Person ist und Jesus Christus heißt!** Nicht also hehre Prinzipien, humanistische Gesinnung, menschliche Solidarität, Gruppen- oder Parteienzusammengehörigkeit sind meine Motive, sondern Er, der mich gerettet und mir geholfen hat, damit ich es nun für Ihn in der kaputten Welt des noch dunklen Jahres 1980 tun kann.

Gott, der dies in Seinem Sohn tun will, beglaubige unser Tun durch seinen Heiligen Geist, der uns die Gewißheit — nicht die Sicherheit — schenkt, daß wir darin Seinen Willen tun.

Der EAK bittet die Leser der Evangelischen Verantwortung, die Spendenaktion „Hilfe für Afghanistan“ des Diakonischen Werkes und des Deutschen Caritasverbandes zu unterstützen.

Für die über 800 000 Flüchtlinge aus Afghanistan, die sich zur Zeit in Pakistan aufhalten, haben das Diakonische Werk der EKD und der Deutsche Caritasverband bisher 510 000 DM an Geld für den Ankauf von lokalen Erzeugnissen und Material, vor allem Decken, zur Verfügung gestellt. In Anbetracht der großen Not dieser Menschen, die wegen der Ereignisse in ihrer Heimat flüchten mußten, bitten die beiden kirchlichen Hilfswerke mit dem Kennwort „Flüchtlingshilfe Afghanistan“ um Spenden auf folgende Konten:

Diakonisches Werk, Postscheckkonto Stuttgart 502
Deutscher Caritasverband, Postscheckkonto Karlsruhe 202

Frau und Kirche

Ursula Besser

„Das Weib schweige in der Gemeinde!“ Dieses Bibelwort wird auch heute noch in einer von Männern geprägten Gesellschaft, in der Familie und in den Kirchen als Begründung für die vielfältigen Benachteiligungen der Frauen zitiert.

Ursula Besser, MDA und Mitglied des Bundesvorstandes des EAK, analysiert in ihrem Beitrag, wie es durch Fehlinterpretation der Bibel zur Ungleichbehandlung der Frauen kommt.

Das Christentum wäre – idealtypisch gesehen – wahrscheinlich die einzige Weltreligion, die die Polarisierung der Geschlechter endgültig aufheben könnte, wenn die Träger und Präger des institutionalisierten Christentums die Lehre Christi ernst nähmen.

Die moderne kritische Bibelwissenschaft versetzt uns heute in die Lage, den ursprünglichen Sinn der vor aller philosophischen Beeinflussung entstandenen Bibelstellen zu erfassen. Wendet man sich mit dieser Hilfe den beiden Schöpfungsberichten Genesis I – dem sogenannten Sechstageswerk – und Genesis II – der Erzählung von der Erschaffung des individuellen Adam aus Lehm und der Frau aus seiner Seite – zu, so ergibt sich – einmal unmittelbar, das andere Mal auf dem Umweg über das zeitgeschichtlich soziologische Kolorit – daß die Geschlechterdifferenzierung wesentlich ist für das Menschsein.

Genesis I gehört zum Bestand des Buches Genesis und beruht auf der Priesterschrift, deren Entstehung man um 500 v. Chr. ansetzt, die aber auf wesentlich ältere Traditionen zurückgeht. Das Wort Adam in Genesis I,27 handelt von einer durch Geschlechterdifferenzierung gekennzeichneten Menschheit, die nach dem Bilde Gottes ins Dasein gerufen wurde. Dieser Menschheit wird der Auftrag gegeben, für die nachfolgende Generation zu sorgen und an der Welt zu arbeiten. Die Menschheit ist durch die Dynamik der beiden Geschlechter im Hervorbringen der nächsten Generation und in der

Arbeit an der Welt dem Schöpfer ähnlich. Seine Kreativität soll sich in der Menschheit fortsetzen. Das ist der Sinn der Gottbildlichkeit nach Genesis I. Von einer Überordnung des männlichen Geschlechts über das weibliche oder einer Arbeitsteilung zwischen beiden – daß etwa sie für die Nachkommenschaft und er für die Gestaltung der Welt zu sorgen hätte – ist dabei nicht die Rede. Es gibt nur eine Unterordnung: die des Menschen als Mann und Frau gegenüber Gott als dem Schöpfer.

Die Kapitel zwei und drei der Genesis mit der Adam- und Eva-geschichte und der Erzählung vom Sündenfall, die mit der zuvorgenannten nachträglich zum Buch Genesis zusammengefügt wurde, beruhen auf der jahvistischen Schrift, die um 1000 v. Chr. anzusetzen ist. Sie spiegelt die tatsächliche Lebensordnung in einer patriarchalischen Gesellschaft wider. Nach ihrer Schöpfungserzählung ist der Mann der Erste und die Frau die Zweite, jedoch so, daß die Frau dem Mann nicht in sklavischer Unterworfenheit sondern als „Hilfe, die ihm ein Gegenüber ist“, zugeordnet wird. Moderne Kommentatoren schließen aus der Erzählung von Genesis II, daß die Frau als ein dem Mann an Natur und Hoheit ebenbürtiges Wesen dargestellt wird, zumal auch ihre Erschaffung aus der Seite des Mannes bildhaft zu verstehen sei und nichts über das tatsächliche Woher der Frau sage. Der Text wolle vielmehr als Ursache für das Zueinander von Mann und Frau auf das ursprüngliche Einssein beider verweisen.

Bei aufmerksamer Befragung der biblischen Texte über die Erschaffung der Menschheit in der Geschlechterdifferenz von Mann und Frau findet man also eine Auffassung vom Menschen vor, die ursprünglich und überzeugend das Miteinander der beiden Seinsweisen zum Ausdruck bringt, wobei Genesis I von jeglichem soziokulturell bedingten Modell des Geschlechterverhältnisses absieht,

während das patriarchalische Denken in Genesis II zwar erkennbar ist, aber keine bedeutende Überfremdung der Auffassung vom Menschen bewirkt. Die Menschheit in ihrem biblischen wie geistigen Sein, in ihrer männlichen wie weiblichen Existenzweise wird als abbildlich zum Schöpfer Gott aufgefaßt.

Auch im Neuen Testament gibt es viele Aussagen, die die Ebenbürtigkeit der Geschlechter zum Ausdruck bringen. Das überzeugendste Beispiel: Galater 3,28. Aber auch Berichte über bestimmte Handlungen lassen diesen Geist erkennen, so der Umgang Jesu mit den ihm nachfolgenden Jüngerinnen, ihre Zulassung zur Botschaft vom Reich Gottes im Gegensatz zur jüdischen Fernhaltung der Frau von der Lehre und Unterweisung und die selbstverständliche Mitarbeit der Frauen in der urchristlichen Mission. Daneben gibt es zahlreiche neutestamentliche Stellen, die in verschiedenster Form und Intensität patriarchalische Modelle einbeziehen. Es sei allerdings darauf hingewiesen, daß auch die kirchliche Lesung zur Eheschließung mit den Worten eingeleitet wird: „Seid einander untertan in der Furcht Christi“. Dieses „einander“ ist eine klare Relativierung eines patriarchalisch-hierarchischen Modells.

Wie stark sich – aus ihrer jeweiligen Zeit heraus bedingte – soziale Verhaltensweisen in den Bibeltexten niederschlugen, zeigt 1. Korinther 2, Vers 7–9. Hier geht es um die paulinische Genesis-Interpretation. Zur Begründung der Sitte, daß der Mann im jüdischen Gottesdienst sein Haupt nicht verhüllen darf, wird darauf verwiesen, daß er Abbild und Abglanz Gottes ist. Daß es sich hier um eine Paraphrase von Genesis I handelt, ist offenkundig, aber nicht weniger, daß es sich um die rabbinische Interpretation des Berichtes von der menschlichen Gottbildlichkeit handelt, die also im Gegensatz zum Urtext für den Mann eine direkte, für die Frau dagegen nur eine indirekte, über den Mann vermittelte

Gottbildlichkeit annimmt. Die Forderung Jesu nach Gleichberechtigung sowie sein persönliches Beispiel eines Mannes, der frei von Geschlechtsangst dachte und handelte, ging damit im Ansturm einer frauenfeindlichen Umwelt unter. Der Apostel Paulus, der mit seinem Damaskuserlebnis seine rabbinische Ausbildung nicht ablegte, kämpft zwischen der Lehre Christi und den Forderungen seiner Zeit. So gibt er zu, daß es nicht mehr einen Mann oder ein Weib gibt, denn alle Menschen seien „einer in Christus Jesus“ (Gal. 3,28). Als Produkt des Zeitgeistes entscheidet er sich jedoch zugleich für den Patriarchalismus, indem er den Mann als das „Haupt“ des „Weibes“ anerkennt (1. Korinther 11,3), denn der Mann ist „Gottes Bild und Abglanz“, die Frau ist aber „des Mannes Abglanz“. (1. Korinther 11,7). So beginnt mit Paulus die metaphysische Legitimation der Diskriminierung der Frau. Er lieferte das theologische Rüstzeug für die Unterordnung der Frau unter den Mann in der Kirche. Aber nicht er allein. Weil die Naherwartung sich nicht erfüllte, mußten die Christen sich damals in das soziale Leben ihrer Zeit, das notwendig von der patriarchalischen Ordnung des Judentums bestimmt war, zurückfinden. Hinzu kommt der erhebliche Einfluß der griechischen Philosophie, die unser abendländisches Menschenbild nachhaltig prägte. Je mehr nun durch die Erschließung alter Quellen die ursprüngliche Botschaft der Bibel erschlossen wird, umso mehr schält sich heraus, wie stark zeitgebundene soziokulturelle Einflüsse das kirchliche Leben bestimmt haben. Dies mag zeitbedingt und deshalb so gut und richtig gewesen sein. Es verpflichtet uns aber

auch, Strukturen, die an ein heute nicht mehr gültiges soziales Modell geknüpft sind, zu lösen und in unsere soziokulturelle Umwelt zu übersetzen.

Dies ist u. a. das Anliegen der feministischen Theologie, die – so heißt es – in den sechziger Jahren in Amerika entstand und sich in den siebziger Jahren von dort her mit einer aus Zorn geborenen Kreativität weiter entfaltete. Sie entwickelte sich im Rahmen einer theologisch motivierten Bewegung im Zusammenhang mit dem Widerspruch gegen den Vietnamkrieg, gegen Rassendiskriminierung und gegen die koloniale Unterdrückung Südamerikas und thematisierte die Beschränkungen, denen die Frau in Gesellschaft und Kirche unterworfen ist. Als einem wesentlichen Zweig der Befreiungstheologie gilt auch von ihr, daß sie die evolutionäre und revolutionäre Kraft des Christentums bezeugt, die vielleicht zu den kaum überschätzbaren Zeichen unserer Zeit gehört. Sie hilft mit, das Bewußtsein gegen jede Art von Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu schärfen.

Bedenklich jedoch ist das emotional-ikonoplastische Element in dieser feministischen Theologie. So sehr der Zorn ein berechtigtes Motiv ist, um etwas Neues entstehen zu lassen, betäubt er doch die Vernunft, und das ist der große Mangel der feministischen Theologie. Sie entschließt sich zu schnell und zu unbesonnen zur Bilderstürmerei, ja sie schafft selbst neue Gegenbilder, die eines Tages wegen ihrer emotionalen Betrachtung ebenso hinderlich sein können, wie die jetzt bekämpften veralteten Bilder von der Frau in Kirche und Gesellschaft. Zorn und Entrüstung sind

ein starkes Motiv, aber sie dürfen nicht mehr als ein Anlaß sein, der einen Prozeß des wissenschaftlichen Forschens in Gang setzt. Schließlich hat es fast zweitausend Jahre lang Frauen in der Kirche gegeben, Frauen haben auch Theologie betrieben, aber nie zuvor das Bedürfnis verspürt, „feministische Theologie“ zu machen. Hier spielen also zeitgebundene Faktoren mit, die ihre Begründung vor allem im soziokulturellen Umfeld haben. Technologie, gesellschaftliche Entwicklung haben die Frau von vielen alten Bindungen, in die sie hineingewachsen war, befreit – sie aber damit auch auf sich selbst zurückgeworfen. Frauen fragen heute neu nach sich, ihrer Bedeutung für die Gemeinschaft, ihrem Platz in der Kirche, nach dem, was sie können, was sie in die größere Gemeinschaft einbringen. Sie fragen nach ihrer Besonderheit als Frauen und lösen sich von alten Vorstellungen, was die Frau ist, was sie machen soll und wie sie sein sollte. Das ist ein Prozeß, der durch alle kulturellen und gesellschaftlichen Bereiche geht.

Frauen dürfen aber, gerade wenn sie den Mann deswegen kritisieren, daß er sich bislang als „Nabel der Welt“ sah, nicht für sich den gleichen Fehler machen. Wer Lösungen will, die auch wirklich Lösungen sind, muß sich der Ursache dieses weltgeschichtlichen Gegeneinanders bewußt sein.

Es gibt nichts in dieser Welt, was den Mann so verunsichern kann wie die Frau. Deshalb hat der Mann die Abhängigkeitsverhältnisse der Geschlechter – wo immer er konnte – zu seinen Gunsten zu gestalten versucht und eine Männerwelt geschaffen, in deren Rahmen die Männer in

Zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema „Frau und Kirche“ empfehlen wir:

- EKD (Hrsg.): Die Frau in Familie, Kirche und Gesellschaft – Eine Studie zum gemeinsamen Leben von Mann und Frau, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, 1979
- Susanne Kahl (Hrsg.): Die Zeit des Schweigens ist vorbei. Zur Lage der Frau in der Kirche, GTB Siebenstern Nr. 335, 1979
- Letty M. Russell: Als Mann und Frau ruft er uns. Vom nicht-sexistischen Gebrauch der Bibel, Verlag J. Pfeiffer, München 1979
- Rahel C. Wahlberg: Die feministische Bewegung und die Kirchen in den USA. Bericht und Dokumentation, in: Frauen auf neuen Wegen, Gelnhausen und Berlin, 1978 (Reihe KENNZEICHEN, Band 3)

dem Glauben erzogen werden, sie wären etwas Besonderes oder doch wenigstens der bessere Teil der Menschheit. Dieselben Männer erleben aber jeden Tag, daß sie weiterhin total abhängig sind von dem „schwachen Geschlecht“, das Herb Goldberg zu recht als die „Energiequelle des Mannes“ bezeichnet. „Von der Geburt an ist der Mann von der Frau abhängig. Als Embryo und Foetus ist er Plazenta-abhängig, bei der Geburt wird er Brust-abhängig, und durch die ganze frühe Kindheit hindurch bleibt er von seiner Mutter als der Ur-Bezugsperson abhängig. Sie ist es, die ihn hält, wiegt, säubert, kleidet, die macht, daß er sich wohlfühlt. Sie setzt ihm Grenzen, bestärkt ihn mit Lob, wehrt ihm mit Strafe.“ Es ist kein Zufall, daß gerade Männer, die den Frauenhaß gepredigt haben und die sich selbst einzureden versuchten, daß die Frau an das „Ewig-Männliche“ wirklich glaube, besonders abhängig waren vom anderen Geschlecht.

Die Abhängigkeit des Mannes von der Frau zeigt sich im übrigen sehr deutlich im Rahmen einer industriellen Gesellschaft, die, weil sie eine Leistungsgesellschaft ist, immer wieder die Leistungsgrenze der Männer offenbart, so daß Männer sich gezwungen sehen, die berufstätige Frau als eine Notwendigkeit zu akzeptieren. Obwohl aber nun die berufstätigen Frauen – in der Bundesrepublik Deutschland 46 % der erwerbsfähigen Frauen –

für die Existenz der industriellen Gesellschaft unentbehrlich sind, werden die Frauen aufgrund der Polarisierung der Geschlechter im Beruf und in der Arbeitswelt weiterhin benachteiligt. Hier liegt ein Problem u. a., das eine ständige Verschärfung erfährt!

Wir leben in einer Zeit, in der eine Umwertung aller Werte stattfindet, die die Herrschaft des Menschen über den Menschen und damit auch die Herrschaft des Mannes über die Frau erschwert. Diese neuen Werte sind u. a. Ursache und Wirkung der Tatsache, daß es gerade in dieser Zeit selbstkritische Männer gibt, die sich selbst nicht mehr als „das Maß der Dinge“ betrachten. Sie weisen vorgefaßte stereotype Rollendefinitionen zurück, so daß sie in der Überzeugung, daß das biologische Geschlecht kein Schicksal ist, in erster Linie Menschen sein wollen.

Deshalb können die Emanzipation und die Gleichberechtigung der Frau auch nicht bedeuten, daß die Frauen wie Männer werden und leben sollen. Daß die Frauen z. B. Fußball spielen können und dürfen wie die Männer, daß die Frauen Flugzeuge entführen können wie die Männer oder daß die Frauen töten können wie die Männer usw. sind keine Beweise der Befreiung der Frauen von allen Zwängen: sie sind ein Zeichen dafür, daß die Frau sich neuen Zwängen unterwirft und daß sie sich total an die Män-

nerwelt und ihre Häßlichkeit angepaßt hat. Emanzipation und Gleichberechtigung bedeuten vielmehr, daß die Frau in der Gesellschaft endlich die gleichen Chancen für die zwanglose Entfaltung ihrer Persönlichkeit erhält wie die Männer. Dies setzt jedoch die Emanzipation des Mannes bzw. seine Befreiung von den Zwängen voraus, die sich aus der Polarisierung der Geschlechter und ihren Wirkungen ergeben haben.

Das christliche Wertssystem läßt sich nur in einer Gesellschaftsform verwirklichen, deren Glieder bereit sind, die Tatsache zu akzeptieren, daß unterschiedliche positive und negative Eigenschaften innerhalb eines Geschlechts mindestens ebenso verteilt sind wie zwischen den Geschlechtern und daß es deshalb weder den schwachen Mann noch die schwache Frau gibt, sondern den schwachen weil entwürdigten und entmenslichten Menschen. Die Unheilssituation des schwachen Menschen, die sich aus der gegenwärtigen Entwürdigung der Geschlechter ergibt, ist nur durch gemeinsame Bemühungen von Mann und Frau aufzuheben, die bereit sind, als gleichberechtigte Partner für eine neue, menschlichere Gesellschaft zu kämpfen, die den Menschen unabhängig von Alter, Rasse und Geschlecht als das wertvollste betrachtet, was es überhaupt geben kann.

Aus unserer Arbeit

Dr. Werner Dollinger:

Die Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung vom Ausland besorgniserregend!

Bonn: Energieversorgung und Olympiaboykott waren die Themen der Mitgliederversammlung des Evangelischen Arbeitskreises im Kreisverband der CDU Bonn am 23. Januar in der Stadthalle Bad Godesberg. Vor einem interessierten Zuhörerkreis sprach Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger über Energieversorgung. Nach Dr.

Dollinger ist die derzeitige Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung vom Ausland besorgniserregend: Der Ölbedarf der Bundesrepublik Deutschland wird zu 96 % aus dem Ausland gedeckt, der Bedarf von Erdgas zu 60 %, wobei 15 % des Erdgases aus der Sowjetunion kommen. Einheimische Kohle ist keine Ersatzlösung, sie ist nicht nur doppelt so teuer wie ausländische Kohle, sie ist in Krisenfällen für die deutsche Wirtschaft auch nicht frei verfügbar, weil die EG ein Mitspracherecht über ihre Verwendung hat. Dr. Dollinger vertrat deshalb den Standpunkt, daß eine

Energieversorgung in der Zukunft ohne Kernenergie wohl kaum denkbar sei.

Über die mit der Kernenergie zusammenhängenden Sicherheitsprobleme sprach ein Mitarbeiter des Instituts für Reaktorsicherheit in Köln. Durch diesen Vortrag konnten bei manchem Zuhörer Vorbehalte oder Ängste abgebaut werden: Die Kernenergie ist keinesfalls gefährlicher als andere Energiearten.

Die Mitgliederversammlung wählte einen neuen Vorstand. Frau Margret Möller wurde in ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt. Zu stellv. Vor-

sitzenden wurden Frau Könitz und Frau Barth, zu Beisitzern wurden die Herren Czizek, Luhmann, Miko-leit, Rosbund und Wiesner gewählt.

„Kernenergie als politisches und moralisches Problem“

Hannover/Bad Bevensen: Zu diesem Thema fand am 14. Dezember 1979 im Kurhaus Bad Bevensen, im Nahbereich von Gorleben, eine Veranstaltung des EAK Niedersachsen statt.

Man war von der Planung her bemüht, die grundsätzliche Fragestellung herauszuarbeiten. Deshalb waren für die einleitenden Beiträge der Bundestagsabgeordnete Dr. Narjes und die beiden Theologen Landessuperintendent Manzke und Prälat Schenk gebeten worden. Diese Zusammenstellung erwies sich als sehr fruchtbar, denn sie brachte die unterschiedlichen Ansätze und Verantwortungsbereiche deutlich heraus.

Der Wirtschaftspolitiker Dr. Narjes betonte, daß Energiepolitik eine sichere und ausreichende Versorgung der Bürger zum Ziel haben müsse. Dies sei eine langfristige Aufgabe, die von allen Parteien an-

erkannt würde. Die babylonische Sprachverwirrung rühre daher, daß in den einzelnen Teilbereichen verschiedene Sprachen gesprochen würden, aber auch daher, daß Begriffe wie lang- und kurzfristig und „Restbedarf“ ohne präzise Angaben in die Irre führten.

Der Politiker bezeichnete alles als „Friedenspolitik“, was uns unabhängig von der Öl-Einfuhr mache. Die Kernenergie sei für die Elektrizitätserzeugung unverzichtbar, wie stark auch andere Energieträger herangezogen würden. Zudem sei sie nach der Überzeugung der großen Mehrheit im Bundestag verantwortbar.

Der evangelische Theologe Manzke kennzeichnete die Frage nach der Nutzung der Kernenergie als eine Glaubensfrage. Deshalb sei die Auseinandersetzung darüber auch so mühsam. Er meinte, die Menschen müßten wieder lernen, die Verzahnung von grundsätzlichen und pragmatischen Fragen zu sehen, denn wertfreie Entscheidungen gebe es nicht.

Da unterschiedliche Stellungnahmen von Christen möglich sind, sei einerseits die Fähigkeit zur Toleranz gefordert und andererseits die Hoffnung auf Gottes Handeln unabdingbar.

Er persönlich meine, daß ein begrenzter Ausbau der Kernenergie nötig sei, hoffe aber, daß die Menschen lernten, verantwortlicher mit der Umwelt umzugehen und vor allem das Danken nicht zu vergessen. Der katholische Theologe Schenk schloß sich weitgehend diesen Gedanken an und hob noch hervor, daß die Kirche in der Frage der Kernenergie das lösende Wort nicht sprechen könne. Sie könne und müsse aber ethische Gesichtspunkte beisteuern. Die letzte Entscheidung in der Frage der Kernenergie müsse beim Parlament bleiben. Das Mißtrauen, das im Blick auf den Menschen immer angebracht sei, werde vom Vertrauen auf Gott aufgefangen.

Die anschließend sachlich geführte Diskussion mit dem Plenum machte ebenso wie auf dem Podium die Spannung deutlich zwischen notwendigem Handeln und dem gebotenen Abwägen aller Risiken. In dieser Spannung die verschiedenen Aufgaben deutlich zu machen und zur Verständigung beizutragen sieht der Ev. Arbeitskreis als seine Aufgabe an. Daher waren Veranstalter und Teilnehmer mit diesem Abend sehr zufrieden.

EAK Bonn für Olympiaboykott

Bonn, 24. Januar: Der Evangelische Arbeitskreis im Kreisverband der CDU Bonn hat sich in der nachfolgenden Resolution gegen eine Teilnahme deutscher Sportler an den Olympischen Sommerspielen in Moskau ausgesprochen.

In Anbetracht der durch die sowjetische Invasion in Afghanistan hervorgerufenen krisenhaften Zuspitzung der Weltlage bittet der Evangelische Arbeitskreis im Kreisverband der CDU Bonn

- den Präsidenten des NOK, Herrn Willi Daume, einen dahingehenden Beschluß des NOK herbeizuführen, daß die Sportler der Bundesrepublik Deutschland unter den von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten genann-

ten Voraussetzungen nicht an den Olympischen Sommerspielen in Moskau teilnehmen,

- die Bundesregierung, einen solchen Verzicht anzuregen und gegebenenfalls jegliche Unterstützung für eine Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen in Moskau abzulehnen,
- die Vorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, die Bundesregierung aufzufordern, gegebenenfalls das NOK in keiner Weise bei einer Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen in Moskau zu unterstützen.

Der Evangelische Arbeitskreis ist sich bewußt, daß ein Verzicht auf die Teilnahme an den Olympischen

Spiele für die Sportler, die sich in langem und hartem Training auf dieses Ereignis vorbereitet haben, das für viele von ihnen die Krönung ihrer sportlichen Laufbahn bringen soll, ein großes Opfer ist.

Wir sind uns auch bewußt, daß ein Verzicht auf die Teilnahme an den Spielen die Sowjetunion nicht veranlassen wird, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen.

Der Evangelische Arbeitskreis tritt dennoch unter den von Präsident Carter genannten Voraussetzungen für einen Verzicht auf die Teilnahme an den Spielen in Moskau ein, weil niemand besser weiß als wir Deutschen, wie ein totalitäres Regime die Olympiade für Propagandazwecke mißbraucht. Der

propagandistische Erfolg der Olympiade in Berlin 1936 war so groß, daß der Widerstand gegen das NS-Regime einen entscheidenden Rückschlag erlitt, und Hitler sich bestärkt fühlte, seine verhängnisvolle Politik weiter betreiben zu können.

Die Trennung von Sport und Politik ist zwar von der olympischen Idee her gewollt, sie besteht aber in Wirklichkeit nicht. Immer wieder

sind Staaten von der Teilnahme an der Olympiade ausgeschlossen worden, so z. B. Deutschland, Japan, Südafrika, Taiwan.

Wer dem olympischen Friedensgedanken nicht Hohn sprechen will, der darf sich nicht an sogenannten Olympischen Spielen beteiligen, die das Land, in dem sie veranstaltet werden, schon im vorhinein mißbraucht, um seine Verstöße gegen Völkerrecht und Menschenrecht zu

übertönen und vergessen zu machen.

Der Evangelische Arbeitskreis ist sich bewußt, daß ein Olympia-Boycott nur eine Maßnahme unter anderen sein kann. Wir meinen aber, wer dem Frieden wirklich dienen will, ist jetzt aufgerufen, nicht wieder, wie 1936, dazu beizutragen, einem totalitären Regime den Schein von Rechtllichkeit und Friedfertigkeit zu verschaffen.

„Tyrannei der Werte?“

Hans Bolewski

Was sind Werte? Was sind Grundwerte? Diese Fragen werden in dem kürzlich im Lutherischen Verlagshaus, Hamburg unter dem Titel „Die Tyrannei der Werte“ erschienenen Buch von dem Publizisten Sepp Schelz (Hrsg.), dem Theologen Eberhard Jüngel und dem Juristen Carl Schmitt behandelt. (115 S., Broschur, 19,80 DM).

Dr. Hans Bolewski, Mitglied der Studiengruppe des EAK, setzt sich nachfolgend mit dem Buch auseinander.

Katholischen Theologen fällt es offenbar leichter, den Wertbegriff, der in den letzten Jahren in den Mittelpunkt der politischen und moralischen Diskussion in der Bundesrepublik gerückt ist, zu übernehmen, als evangelischen. Die kommentierende Wiederauflage der scharfsinnigen Kritik an der Wertphilosophie, die Carl Schmitt bereits 1959 auf einem Symposium in Ebrach in der Diskussion über ein Referat seines Schülers Ernst Forsthoff vortrug und die er in seinem Beitrag zur Forsthoff-Denkschrift 1967 noch einmal fundierte und weiterentwickelte, durch zwei protestantische Autoren, den Tübinger Systematiker Eberhard Jüngel und den Hamburger Verlagsleiter Sepp Schelz, offenbart noch einmal die Untiefen und Abgründe eines Begriffs, mit dem man in der Sprache der politischen Öffentlichkeit heute Gemeinsames ausdrücken möchte, ohne Unterschiede preisgeben zu müssen. Sepp Schelz hat als aufmerksamer Beobachter der Zeitläufte gut registriert, daß in der

Reaktion auf dies Wort konfessionelle Unterschiede sichtbar werden. „Der Staat sollte sich an Werten orientieren, die für die Würde des Menschen als unverzichtbar erkannt werden“, heißt es im Wort der deutschen katholischen Bischöfe zu Orientierungsfragen unserer Gesellschaft vom Mai 1976, während im März 1979 der Ständige Theologische Ausschuß der Rheinischen Landessynode nach zweijähriger Arbeit über den Begriff „Grundwerte“ zu dem Ergebnis gelangt: „Wo das Handeln des Menschen sich nicht mehr am Handeln Gottes in der Geschichte der Menschheit, sondern an einem unveränderlichen Wertsystem orientiert, geht der Bezug auf die geschichtliche Situation und die Offenheit für die Zukunft verloren.“ Eberhard Jüngel argumentiert in seinem Beitrag ähnlich: Der Wertbegriff ist „ein Gegenbegriff zum Begriff der Wahrheit“, und weil „aus der Wahrheit leben“ im Evangelium gleichbedeutend ist mit „in der Liebe existieren“, zeigt sich, „daß das christliche Ethos keine Orientierung an einer Wertethik kennt.“

Daß bei der Frage nach den Werten die Wahrheitsfrage immer auch gestellt ist, ist nun allerdings nicht nur eine Einsicht christlicher Theologie. Alle Ethik hat ihren Grund in einer allgemeinen für alle Menschen verbindlichen Wahrheit; das war jedenfalls seit den Tagen des Aristoteles bis weit in das 19. Jahrhundert hinein nicht strittig. Erst im 19. Jahrhundert ging diese Wahr-

heit verloren. Weite Bereiche der Philosophie wandelten sich zur wertfreien „Wissenschaft“, insbesondere zur Naturwissenschaft, gegenüber deren Kriterien sich alle anderen Wahrheiten als subjektiv, als unverbindlich oder gar als willkürliche Setzungen der Macht erwiesen. In dieser Situation des von ihm gesehenen und bejahten „Nihilismus“ hat Friedrich Nietzsche als erster im heutigen Sprachgebrauch von Werten geredet. „Daß der Wert der Welt in unserer Interpretation liegt; ... daß die bisherigen Interpretationen Schätzungen sind, vermöge deren wir uns im Leben, d. h. im Willen zur Macht, zum Wachstum der Macht erhalten, ... das geht durch meine Schriften. ... Denn es gibt keine „Wahrheit“, heißt es in einer Art Rückblick Nietzsches auf sein Werk in den späten 80iger Jahren.

Solche Einsichten und Gedanken waren Max Scheler, der während des 1. Weltkrieges die Wertphilosophie als „materiale Wertethik“ begründete, natürlich durchaus bewußt. Wenn er trotzdem die Ethik von ihren Inhalten her neu bedenken wollte, dann deshalb, weil er dem Kantschen Formalismus des guten Willens mißtraute und weil er den Menschen als das durch Gott bestimmte personale Wesen allein in der Lage sah, Werte zu erkennen und sie verantwortlich zu verwirklichen. Schelers Wertphilosophie ist der Versuch, in Anknüpfung an Augustin und unter Aufnahme von Gedanken der Phänomenologie

Husserls einen „ethischen Personalismus“ zu begründen. Er hat diese Philosophie in der Mitte der 20iger Jahre aufgegeben und sich der empirischen Sozialwissenschaft zugewandt, in der er zu einem der Begründer der Wissenssoziologie wurde. Er sah jetzt das personale Sein stärker durch die Gesellschaft vermittelt. „Werte blamieren sich“, meinte er. Natürlich hätte er das auch von der Wahrheit des Glaubens sagen können. Jedenfalls hat Nicolai Hartmann, der reichlich ein Jahrzehnt später noch einmal eine ontologische Ethik als Lehre von den Werten entwarf, diese Werte der idealen Seinsschicht zugeordnet, mit der der Mensch eigenverantwortlich umzugehen hat. Werte haben ihre eigene Logik, vergleichbar der Logik der Mathematik. Jeder Verstoß gegen diese Logik fordert seinen Preis. Die „Tyrannei der Werte“, von der Hartmann selbst sprach, kann ein solcher Preis sein. Aus dieser kalten Logik rettet kein Gott und keine Religion. Hartmanns Ethik ist Teil einer sich als rational und atheistisch verstehenden Ontologie.

Dem heute öffentlich debattierten Wertbegriff fehlt nun freilich die Stringenz eines philosophischen Entwurfs. Aber auch Entwürfe hinterlassen Erfahrungen, manchmal sogar zwingende Erfahrungen. — Nietzsches These von der Setzung der Werte durch Macht ist jedem, der sich heute über unterschiedliche politische Systeme informiert, handgreiflicher, als sie wohl Nietzsche selbst sein konnte. Aber das weckt anders als bei Nietzsche gerade unseren Widerstand. Wir fragen nach der menschlichen Wahrheit, weil wir der politischen Macht nicht das letzte Wort lassen wollen. — Schellers Weg in der Erfassung der Personalität von der Wahrheit Gottes zur Wirklichkeit der Gesellschaft erscheint uns heute zwar verständlich, aber er lädt gleichwohl nicht zur Wiederholung ein. Er zeigt sich nicht als Fortschritt; er könnte sogar eine Preisgabe sein. — Wahrscheinlich ist die den Werten innewohnende zwingende Logik eine unserer jüngsten und nachhaltigsten politischen Erfahrungen. Programme der Verwirklichung von Chancengleichheit, Humanisierung, Demokratisierung belasten in ihren totalitären Verwertungszwängen immer noch politisches Denken und politische Auseinandersetzung. Erst

in diesem Klima erhält ja der Titel unserer kleinen Schrift seinen provozierenden Charakter. Aber anders als Hartmann oder seine Kommentatoren können wir bei der fatalistischen Logik der Werte nicht stehen bleiben, sondern müssen umgekehrt die Frage nach der möglichen Freiheit im Umgang mit den Werten stellen.

Insofern hat die eher popularphilosophische Debatte von heute gegenüber dem Scharfsinn der Wertphilosophie sogar einiges voraus. Sie bestätigt zwar auf der einen Seite die alten Denkfiguren, aber sie will und muß über diese Figuren hinaus. Die heutige Debatte ist jedenfalls nicht mehr wie bei Nietzsche durch den Verzicht auf Wahrheit und durch den Willen zur Macht bestimmt; sie ist nicht mehr auf ein ideelles Sein aus, sie ist vielmehr der Versuch, das vom naturwissenschaftlichen Denken Verdrängte in das praktische, politische Leben zurückzuholen. Denn dasselbe Denken, das die gewaltigen technischen Leistungen der Gegenwart hervorgebracht hat, hat ebenso die „praktische Vernunft“, die für die europäische Aufklärung eine zentrale Rolle spielte, verkümmern lassen. Die Gefahr einer unvorstellbaren Barbarei durch den totalen Verlust dieser praktischen Vernunft ist nur allzu begründet. „In dieser Situation bieten sich die Werte an“, sagt Sepp Schelz mit Recht. Sie gehören, auch darin ist Schelz Recht zu geben, im heutigen Kontext politischen Denkens zu den Ideologien, zu den politischen Handelnden tragenden Überzeugungen. Aber sie stellen ein mindestens innerhalb der klassischen Ideologien neues Element dar, insofern sie auf Bewahrung — auch Sozialdemokraten wie Erhard Eppler verstehen sich als „Wertkonservative“ —, auf Konsens, auf Stabilität, auf die Wiedergewinnung einer allen gemeinsamen Identität abzielen. Ob sie das leisten, ist eine Frage, die Schelz und Carl Schmitt mit Recht stellen. Aber ihr Auftauchen gerade im ideologischen Kontext der Gegenwart könnte auch ein Ausdruck der Epochenschwelle sein. Innerhalb der Ideologien nimmt offenbar der Wert zunehmend die Stelle der Utopie ein. Das könnte auf die Dauer die ideologische Landschaft insgesamt verändern. Menschliches Handeln in der

Welt und an der Welt steht ja bereits heute in einem neuen Begründungszusammenhang, unter einer neuen „Beweislastverteilungsregel“, nach der, sei es in der Wissenschaft, sei es in der Politik, der Fortschritt begründungsbedürftig ist und nicht die Tradition“ (Hermann Lübbe). Diese neue Kategorie der Orientierung besagt nicht, daß jetzt konservative Ideologien an die Stelle der fortschrittlichen treten, sondern daß die Ideologien als Handlungsorientierung insgesamt nicht mehr tragfähig sind. Der Mensch ist gleichsam aus ihnen entlassen. Er muß Einzelentscheidungen treffen, die er an den ideologischen Konstrukten der Weltgeschichte nicht mehr ablesen kann. Er steht der Welt in neuer Freiheit, aber auch in einer neuen Unsicherheit gegenüber.

In dieser allgemein als Orientierungskrise bezeichneten Situation werden wir sicher für Tyrannen aller Art, auch Tyrannen der Werte oder der Religionen, erneut anfällig. Da wir die Kunst, mit dem Nichtvorhersehbaren zu leben, verlernt haben, sind wir in der Gefahr, uns jedem zu verkaufen, der Sicherheit verspricht. Aber wir kennen auch die Teufelei, die hier am Werk ist, und wir wissen, was auf dem Spiel steht. Gerade das verdanken wir ja der Epoche, aus der wir kommen. Wir kennen die Notwendigkeit des Widerstandes gegen alles, was uns vereinnahmen will.

Damit aber haben wir so etwas wie einen an geschichtlichen Erfahrungen geschulten Sinn für befreiende Wahrheiten, für Wahrheiten, die nicht auf Setzungen beruhen. Carl Schmitt macht am Ende seines Kommentars zu den Worten im Anschluß an ein Wort Goethes die hintersinnige Bemerkung, Werte könnten wie Ideen — und wir könnten hinzusetzen, wie die Wahrheit des Glaubens — wenn sie wirklich werden sollten, immer nur als fremder Gast in die Erscheinung treten. Im Grunde hebt diese Bemerkung alle vorher erhobenen Bedenken Carl Schmitts und seiner Kommentatoren wieder auf, jedenfalls für den, der in dem fremden Gast den nahen Gott zu ahnen beginnt. Die Debatte um die Werte könnte uns auf diesen Weg bringen. Und dieser Weg wäre wohl die einzige Alternative zu jeder anderen möglichen Tyrannei.

Zur Diskussion gestellt: Thesen zur Nord-Süd-Politik

Das Nord-Süd-Problem wird in den kommenden Jahrzehnten eine der wichtigsten Fragen der internationalen Politik sein. Ohne ein realitätsbezogenes Konzept in der Nord-Süd-Politik werden wir die Zukunft nicht meistern.

Nachfolgend veröffentlichen wir eine Kurzfassung der Thesen des Bundesausschusses Entwicklungspolitik der CDU vom 3. Januar 1980 zu diesem wichtigen Thema. Auf Anforderung senden wir Ihnen gerne die vollständigen Thesen zu.

1. Interessenlagen im Nord-Süd-Verhältnis

a) Entwicklungsländer und westliche Industrieländer haben eine große Anzahl gemeinsamer Interessen: den Wunsch nach Erhaltung des Weltfriedens, nach internationaler Währungsstabilität, ungehindertem Zugang zu den Märkten anderer Länder und störungsfreier Versorgung mit Rohstoffen und Energie. Die gesamte Umweltproblematik ist ohne eine konstruktive Mitwirkung der Entwicklungsländer nicht lösbar. Eine realistische Entwicklungspolitik muß aber auch die Eigeninteressen jeden einzelnen Landes in Rechnung stellen.

b) Der Interessenausgleich zwischen Nord und Süd ist durch die zunehmende Überlagerung des Nord-Süd-Konfliktes durch den Ost-West-Konflikt erheblich erschwert worden. Der Westen muß der geopolitischen Offensive der Sowjetunion in der Dritten Welt sowohl sicherheitspolitisch als auch entwicklungspolitisch Rechnung tragen. Für den Bereich der Entwicklungspolitik erfordert dies vor allem eine engere Zusammenarbeit mit prowestlichen Entwicklungsländern und hierbei besonders mit jenen, die regionale Führungsfähigkeiten und -möglichkeiten haben. Erforderlich ist ferner die Beendigung der undifferenzierten Unterstützung jener Entwicklungsländer, die sich in die aggressive Globalstrategie der Sowjetunion eingeordnet haben.

2. Von der Konfrontation zum Ausgleich der Interessen

Eine erfolgreiche Nord-Süd-Politik setzt ein Klima gegenseitigen

Vertrauens und einen konstruktiven Dialog voraus. Die bisherige Politik der Maximalforderungen der Entwicklungsländer ist ebensowenig erfolgversprechend wie die Politik ungehaltener Versprechen oder ordnungspolitisch gefährlicher Zugeständnisse der Industrieländer. An die Stelle dieser Politik müssen partnerschaftliche Bemühungen um politisch durchsetzbare, vernünftige Lösungen der Probleme treten.

Der Dialog zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern muß in konkrete Kooperation münden, die sich an der gegenseitigen Abhängigkeit ausrichtet. Völlige Unabhängigkeit, wie sie von den Entwicklungsländern häufig gefordert wird, kann es für kein Land geben. Es geht vielmehr darum, die vorhandenen Abhängigkeiten aller Länder partnerschaftlich zu gestalten, um einen für Nord und Süd akzeptablen Interessenausgleich zu erreichen. Dieser Interessenausgleich erfordert Verbesserungen im binnen- und außenwirtschaftlichen Bereich. Die Industrieländer müssen darüber hinaus aus politischen, wirtschaftlichen und humanitären Gründen weiter zu erheblichen Anstrengungen im Bereich der Entwicklungshilfe bereit sein.

3. Aufbau und Stärkung freiheitlicher Systeme

Ein wesentliches Ziel unserer Nord-Süd-Politik ist der Aufbau und die Stärkung freiheitlicher Systeme in der Dritten Welt, die den gesellschaftlichen Pluralismus sowie eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung des Einzelnen und der sozialen Gruppen begünstigen.

Unter Achtung und Anerkennung gewachsener gesellschaftlicher Formen in den Entwicklungsländern entspricht für den wichtigen Bereich der nationalen Wirtschaftsordnung eine sozial verpflichtete Marktwirtschaft am besten diesen Grundsätzen. Die soziale Komponente des internationalen Wirtschaftssystems muß stärker ausgebaut werden. Eine Internationale Soziale Marktwirtschaft muß den Ländern der Dritten Welt eine an-

gemessene Beteiligung am wirtschaftlichen Fortschritt sichern.

4. Gerechtigkeit, Selbstverantwortung und Menschenrechte

a) Wir treten weltweit für Gerechtigkeit ein. Wir fordern für alle Menschen das Recht auf freie Entfaltung und die Chance auf aktive Beteiligung an den Fortschritten der Menschheit. Internationale Gerechtigkeit muß auch als Leistungsgerechtigkeit zum Ausdruck kommen. Die Selbstverantwortung der Entwicklungsländer für ihre Entwick-

Unsere Autoren:

Dr. Ursula Besser, MdA
Apostel-Paulus-Straße 21/22
1000 Berlin 62

Dr. Hans Bolewski
Pfarrer
Colmarstraße 6
3000 Hannover 71

Joachim Borries
Studienleiter der
Europäischen Staatsbürger-Akademie
In der Wölpe 6
4970 Bad Oeynhausen 11

Dr. Alois Mertes, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn

lung muß in Zukunft stärker betont werden. Das gilt auch für den sozialen Ausgleich innerhalb der Entwicklungsländer.

b) Wir treten mit Nachdruck für die weltweite Respektierung der Menschenrechte ein. Aber hierzu ist erforderlich, daß ein Mindestmaß an Übereinstimmung über gesellschaftliche Werte und Grundregeln besteht. Dies ist in vielen Entwicklungsländern nicht oder nur unzureichend der Fall, da radikale Gruppen verschiedenster politischer Schattierungen einen solchen Konsens ablehnen und durch gewalttätiges Vorgehen unmöglich machen. Daher hat für viele Regierungen der Dritten Welt der Machterhalt Vorrang gegenüber der Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten. Dies darf uns jedoch nicht davon abhalten, auch

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. Dr. Wilhelm Hahn, MdL/MdEP; Kai-Uwe von Hassel, MdB/MdEP; Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM, Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.

dort mit Entschiedenheit für die Wahrung der fundamentalen individuellen Menschenrechte einzutreten.

c) Wir erkennen grundsätzlich unter bestimmten, strengen Voraussetzungen ein Widerstandsrecht gegen ungerechte Regierungen an. Das Recht zum „Widerstand“ beinhaltet aber nicht das Recht zur „revolutionären“ Durchsetzung bestimmter gesellschaftspolitischer Vorstellungen. Das Widerstandsrecht kann ferner niemals gezielte Gewalt gegen die Zivilbevölkerung rechtfertigen. Darüber hinaus ist eine Unterstützung Gewalt anwendender „Befreiungsbewegungen“ von außen mit dem außenpolitischen Grundsatz des Gewaltverzichts unseres Landes unvereinbar.

5. Partnerschaft und Solidarität

Partnerschaft und Solidarität als Grundlage jeder lebenswerten Gemeinschaft sind auch die Basis für unsere Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt. Sie bringen Rechte und Pflichten für alle Länder mit sich. So muß beispielsweise der finanziellen Unterstützung der Entwicklungsländer durch die Industrieländer die Sicherung der Rohstoffversorgung oder der Privatinvestitionen in umgekehrter Richtung entsprechen.

Partnerschaft erfordert auch die Achtung und Förderung der kulturellen Eigenständigkeit der Entwicklungsländer. Ausgangspunkt dabei muß eine Grundhaltung sein, die den Rang fremder Kulturen anerkennt. Die kulturelle Zusammenarbeit stellt auch deshalb einen unverzichtbaren Bestandteil unserer Nord-Süd-Politik dar.

6. Sicherung des Friedens

Die Überwindung des weltweiten Rüstungswettlaufs ist eine vordring-

liche, gemeinsame Aufgabe aller Länder. Trotz des zunehmenden Exports konventioneller Waffen in die Dritte Welt ist das Thema der Beschränkung von Waffenlieferungen für die Entwicklungsländer wenig attraktiv. Wer jedoch Nord-Süd-Politik als Friedenspolitik begreift, muß auch in diesem Bereich um die Verbesserung der Chancen für Frieden und Sicherheit bemüht sein. Die Verpflichtung zur Abrüstung, besonders auf seiten der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, muß hierbei unablässig deutlich gemacht werden. Abrüstung, die nicht ausgewogen und kontrollierbar ist, macht den Frieden nicht sicherer, sie gefährdet ihn.

7. Der Rang der Entwicklungspolitik im Rahmen der auswärtigen Gesamtpolitik

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden für die Dritte Welt und damit auch für uns, sind nur durch eine engere Koordination von Entwicklungspolitik, Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Außenwirtschaftspolitik und der auswärtigen Kulturpolitik langfristig zu erreichen. Koordination bedeutet nicht Unterordnung der Entwicklungspolitik. Ihr spezifischer Beitrag zu Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden auf der Welt besteht darin, den Menschen in den Entwicklungsländern zu helfen, ihre Grundbedürfnisse zu decken, eine menschenwürdige Existenz aufzubauen und eine eigenständige „Entwicklung“ jedes Entwicklungslandes zu ermöglichen. „Entwicklung“ in diesem Sinne ist nicht nur ein wirtschaftlicher Vorgang, sondern ein Prozeß, der politische, soziale, religiöse, kulturelle, geschichtliche, geographische und andere Faktoren umfaßt. Dies setzt gleichzeitig jeder staatlichen Entwicklungshilfe von außen gewisse Grenzen. Wir

können den Entwicklungsländern ihren Entwicklungsprozeß im einzelnen nicht vorschreiben. Wir können nur mithelfen, die Rahmenbedingungen für eine freie Entwicklung zu verbessern und Hilfe zur Selbsthilfe leisten.

8. Für eine Strategie der zwei Wege

Bei der Vergabe von Entwicklungshilfe verfolgt die Union eine Strategie der zwei Wege

1) Die ärmsten und am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer sind besonders zu berücksichtigen.

2) Besondere Bedeutung bei der Vergabe unserer Entwicklungshilfe haben ferner

Länder, mit denen eine enge Zusammenarbeit im Bereich von Energie und Rohstoffen besteht oder angestrebt wird,

Länder, mit denen wegen ihrer wichtigen Stellung in den internationalen Beziehungen und wegen ihrer dem Westen gegenüber kooperationsbereiten politischen Haltung in wichtigen Fragen wie der Weltwirtschaftsordnung, der Nichtverbreitungspolitik und anderen lebenswichtigen Bereichen eine breitangelegte politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse ist,

Länder, die im Hinblick auf den Ost-West-Konflikt für den Westen eine besondere strategische und wirtschaftliche Bedeutung haben sowie

Länder, die im Hinblick auf regional-politische Konstellationen für die internationale Stabilität Bedeutung haben. Die verstärkte Zusammenarbeit muß hier dem Ziel dienen, regionale Gleichgewichte durch die Erweiterung des außenpolitischen Handlungsspielraumes dieser Länder zu fördern.